DIE PDS MUSS ENTEIGNET WERDEN!

Ein halbes Jahr haben wir mitangesehen, wie die Nachfolgeorganisation der SED deren großes Vermögen an Gebäuden, Grund und Boden, Betrieben und Finanzmitteln übernommen hat und zu ihrem rechtmäßig erworbenen Eigentum erklärte. Heute verfügt die PDS ald die "neue" Partei über Mittel, die keine andere politische Organisation ihr eigen nennen darf.

PDS-VERMÖGEN IST NICHT RECHTMÄSSIG!

Die SED hat sich ihr Vermögen in einer Zeit angeeignet, in der sie durch ihren Sicherheitsapparat und durch die Anmaßung von Privilegien Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche Leben gewonnen hatte. Die große Zahl der Mitglieder wurde durch die Verteilung persönlicher Privilegien, Erpressung und einseitige Propaganda, die durch die Aneignung des Medienmonopols möglich wurde, gedungen.

DIE PDS IST SCHULD AN DER KRISE!

Ihrer angemaßten Schlüsselstellung wurde die SED nie gerecht.
Vielmehr hat sie durch eine 40-jährige Mißwirtschaft unser Land an den Rand des wirtschaftlichen und moralischen Bankrott geführt.
Auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 hat die SED die Erklärung ihrer "Verantwortlichkeit für die existenzgefährdende Krise in unserem Land" abgegeben und damit die volle und schuldhafte Verantwortung eingestanden. Geltende Rechtspraxis (in der DDR sowie international) ist, daß der Verursacher eines Schadens für diesen auch materiell haftbar gemacht werden kann.

DAS VOLK MUSS SEINE STIMME ERHEBEN!

Deshalb fordern wir wie andere Gruppen vor uns (Bürgerkomitee Leipzig) nochmals die Enteignung der PDS! Der Grundsatz des gleichen Rechtes für all gebietet, die gegen die PDS erhobenen Vorwürfe auch auf ihre Gültigkeit bezüglich der Blockparteien zu überprüfen. Auch sie hatten an Privilegien teil; auch sie hatten die Möglichkeit, Vermögen anzuhäufen, während aufrechte demokratische Bewegungen verfolgt und schon im Ansatz zerschlagen wurden.
Sollte der durch die SPD in die Volkskammer eingebrachte Antrag zur Enteignung der PDS nicht die erforderliche Mehrheit im Parteienparlament finden, muß das Volks seine Stimme erheben!

WIR FORDERN
die Überführung aller Vermögenswerte der PDS in kommunales Eigentum und ihre vorrangige Verwendung für soziale Zwecke!

Sollten sich in der Volkskammer entsprechende Anträge nicht durchsetzen, werden wir

<u>am 11. Juni, 18 Uhr auf dem Platz vor der Oper</u>

wieder eine Kundgebung durchführen.

